

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Besuch Kaiser Wilhelms beim französischen Botschafter in Berlin, um dessen Erklärung für die meisten Pariser Blätter drücken, liefert Stocher einen neuen Beweis für den Bestand einer deutschen Verschwörung; er zweifelt nicht, daß dieser Besuch der Rettung Dreyfus half!

* Die in den letzten Tagen in Münzen verbreiteten Gerüchte, König Otto sei schwer krank und habe sogar einen Schlaganfall erhalten, werden offiziell bestimmt mit dem Beurkunden, das aufstand des Schlosses bestimmt könlichen Kranken sei unverändert dargestellt.

* Der Reichsanziger Kärtz zu Hohenlohe hat sich der Nordb. Allg. Sig. zufolge eine leichte Erkrankung zugesogen und ist infolgedessen auf ärztlichen Rat genötigt, das Zimmer zu hüten.

* Die in Königsberg verbreitet gewesenen Gerüchte über ein Duell zwischen dem Oberpräsidenten Grafen Wilhelm von Brandenburg und dem bisherigen Oberpräsidenten Dr. Manbach sind, wie mitgeteilt wird, unzutreffend. Es habe kein Duell stattgefunden.

* Zur Militärstrafreform wird der Frank. Allg. Sig. aus Berlin geschrieben, daß der Börsenmarkt gegen die öffentliche Meinung des Verfahrens nicht vom Kaiser ausgehe, sondern von den Generalkommandos. Überhaupt seien militärische Einflüsse vorhanden, die jedem Befehl widersprechen.

* Der deutsche Geschäftsträger in Haiti, Graf Schwein, ist in der Nacht zum 10. Januar durch Brandstiftung bedroht worden. Die Regierung von Haiti wird daher von neuem Genehmigung geben müssen.

* Wie die Nordb. Allg. Sig. hört, ist nunmehr dem Bundesrat der Entwurf eines Gesetzes zugegangen, durch welches die in Aussicht gestellten Änderungen von Bestimmungen über das Postwesen im Gebiet des Deutschen Reichs eingeführt werden sollen.

* Eine Reichstags-Sitzwahl hat am 29. v. in Homberg-Kassel stattgefunden. Der Pfd. Dr. zufolge haben erhalten Schmidt (natlib.) 8851 und Ludek (Bund d. Landw.) 7840 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

* Bis zum 31. Dezember 1897 wurden überhaupt bewilligt an Individualen 296 452; davon liegen am 1. Januar 1898: 210 859 gegen 198 854 am 1. Januar des Vorjahrs. Die Zahl der bis zum 31. Dezember 1897 bewilligten Altersrenten betrug 318 409; dagegen liegen am 1. Januar 1898: 208 644 gegen 203 910 am 1. Januar 1897.

* Nach offizieller Ankündigung soll es in der Absicht der Regierung liegen, "die Bestimmungen über die Sonntagsruhe für einzelne Gewerbszweige, ohne das Wesen der Sonntagsruhe selbst zu berühren, zu ändern und zu unterziehen". Die zu diesem Behufe eingeleiteten und auf Erfahrungen in der Praxis zurückzuführenden Arbeiten sollen soweit gefördert sein, daß ihr Abschluß schon in einer nahen Zeit herbeigeführt werden könnte. — Nähres bleibt abzuwarten.

* Im preuß. Abgeordnetenhaus hat der Abg. Kellisch beantragt, die Regierung möge im Bundesrat ihren Einfluß dahin geltend machen, daß dem Reichstag baldigst ein Gelegenheitswurf vorgelegt werde, durch welchen die Ausübung des Baugewerbes von dem Nachweis der Geschäftigkeit genommen werden kann. Wahrscheinlich wird sich auch die preuß. Regierung jetzt dafür erklären.

Oesterreich-Ungarn.

* Die neuen Strafenverordnungen sollen binnen Wochenfrist erscheinen. Die Regierung erklärt, sie erhofft von denselben die Wirkung, daß das Parlament die normale Thätigkeit wieder beginnen könne, was zum 22. Februar wieder in Aussicht genommen ist.

* In der Ausgleichfrage verhandeln am Sonntag die in Wien eingesessenen ungarischen Minister v. Lukacs und Daranyi mit den österreichischen Ministern

Baron Gausch, v. Böhm-Bawerk und v. Rother in der Angelegenheit des Ausgleichs. — Am Montag setzen die beiderseitigen Finanzminister ihre Beratungen fort, um das Material zu schärfen und vorzubereiten, das die Grundlage für die heimzelt zu wählenden Quotenabrechnungen bilden wird.

Frankreich.

* Die Deputiertenkammer genehmigte einstimmig den Gesetzentwurf, betreffend die Beleidigung der Universität von Paris, der ebenfalls Point du jour und Pontin.

* Zur Dreyfus-Affäre erklärt, Siecle gegenüber den Behauptungen der vom Kriegsministerium inspirierten Presse, daß Borelau sei von einem Individuum, das keineswegs aus dem Bölgel angefeindet gewesen sei, in der Zunge des Portiers einer fremden Botschaft geföhnt worden. Der fremde Militär-Attache habe nur die im Borelau aufgezählten Schriften erhalten. Nach der Veröffentlichung des Borelaus, die im November 1896 erfolgte, habe der Uebelhöder, der auch der Schreiber des Borelaus war, nur noch ein einziges Mal den Militär-Attache aufgeführt und ihm teils wichtige, teils wertlose Schriften verkauft.

* Major Esterhazy hat bei dem Kriegsminister die Erwidigung nachgesucht, diejenigen Personen gerichtlich zu verfolgen, die ihn in der Dreyfus-Angelegenheit benannt und, wie der Major glaubt, verleumdet haben.

Italien.

* Einem Wiener Blatte zufolge wird der Graf von Turin im April oder Mai in Wien eintreffen und um die Hand einer erst jüngst in die Gesellschaft eingeführten österreichischen Erzherzogin anhalten.

* In der italienischen Kammer hat am Montag der Regierungsvorsteher auf das bestimmte versichert, daß weder der Militärattache in Paris, noch irgend ein anderer Agent oder Repräsentant von ihr jemals Verdun- dungen mit Dreyfus gehabt habe.

Schweden-Norwegen.

* Ein ernstes Wort hat König Oscar gesprochen, als der schwedisch-norwegische Unionsschluß soeben seine Verhandlungen, anscheinend ergebnislos, zum Abschluß brachte. Der König sagte: "Der oder dieselben — auf welcher Seite sie immer zu finden sein mögen — die nach dem Irreli Unparteiischer die Schuld dafür tragen, daß die Einigung nicht erreicht worden ist, haben sich meiner Meinung nach mit einer schweren geschichtlichen Verantwortung belastet. Möge der Allmächtige seine Hand über die Zukunft der geliebten Völker halten! Möge er auch im zwanzigsten Jahrhundert den Brudertreuen Sicherheit und ihren Einwohnern Glück schenken, erhalten!"

Balkanstaaten.

* In Athen nehmen die unangenehmen Errörungen zwischen Mitgliedern der Dynastie und der Regierung ihren Fortgang. Die ganze Affäre geht auf einen Zwischenfall in Athen zurück, wo die Befehle des Kriegsministers an General Smolenski in Widerspruch standen mit den vom Kronprinzen ausgegangenen Befehlen. Die Vorgänge erregen die öffentliche Meinung und rufen besonders in militärischen Kreisen große Bewegung hervor.

* Dem R. Wien. Tagbl. zufolge ist die Meldung von der Erlaubnis der Durchfahrt von russischen Kriegsschiffen durch die Dardanellen tatsächlich unrichtig und auf Irreum führend. Es handelt sich um ein Schiff der russischen freiwilligen Kreuzerflotte, für welche seit langem eine spezielle Vereinbarung besteht.

Afrika.

* An der marokkanischen Küste sind fünf Engländer bei unerlaubtem Handel überfahrt und gefangen genommen worden.

Allien.

* Die Lage in Ostafien beginnt sich allmählich infolge der Nachgiebigkeit der Engländer im Sinne der russischen Forderungen zu ändern. Wie die Daily Mail aus angeblich zuverlässiger Quelle erfährt, ist britischerseits

beschlossen worden, Russlands angebliche Interessen auf Port Arthur und die Liaotungshäfen nicht länger zu beanspruchen und die Frage, ob die Leitung Wallenowans als Vertragshafen wirklich als Bedingung für die britische Auseinandersetzung zu betrachten sei, ungelöst zu lassen.

* Im indischen Aufstandsgebiet haben die Engländer eine neue Schlapperei ertragen. Nach einer in Kalkutta vom General Meimacott eingegangenen Debatte geriet die 4. Brigade der englisch-indischen Truppen in einem Kampf im Ardabiland in einen Hinterhalt. Fünf englische Offiziere und acht Mann sind gefallen, 2 Offiziere und 17 Mann verwundet worden, weitere 17 Mann werden vermisst.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Montag den Titel des Reichsanzigers. Die Gehalts erhöhung des Staatssekretärs wurde bewilligt. Beim Titel des Reichs-amts des Innern wurde der Antrag des Abg. Lenzenmann (fr. Bp.), die innere Ausbildung des Reichstagsgebäudes auf den Titel des Reichstages zu legen, abgelehnt, dagegen die Einigung einer Kommission angenommen. Sobann wurde in die Beratung des Titels des Reichsjustizamts eingetragen.

Am 1. b. wird die zweite Staatsberatung beim Reichsjustizamt fortgesetzt.

Abg. Bieschel (natlib.) drückt den Wunsch aus, daß den Richtern Zeit zum Studieren des Bürgerlichen Gesetzbuchs geboten werde.

Staatssekretär Rieberding erkennt an, daß die Zeit zur Vorbereitung auf das Infrastruktur des Bürgerlichen Gesetzbuchs reicht ist. Was von seiner Seite geschehen könne, um den Richtern den Übergang zu erleichtern, werde geschehen.

Abg. Herber (soc.) fordert eine Revision des Preßgesetzes und Ausdehnung desselben auf die Reichslande.

Staatssekretär Rieberding erwidert, die Regierung plane zur Zeit die Revision des Preßgesetzes nicht, denn sie habe noch wesentlich dringlichere Aufgaben. Bezuglich der Ausdehnung des Preßgesetzes auf das Reichslande müsse sich Borebner nach Straßburg wenden.

Abg. Barth (fr. Bp.) hält auch eine Revision des Preßgesetzes jetzt noch nicht für dringlich. Würde sie jetzt vorgenommen, so geschehe das sicher nicht im Sinne der Sozialdemokratie. Der Staatssekretär habe gestern erklärt, eine gelegte Regelung des Strafvolksbuchs lasse sich nicht ausführen vor der Revision des Strafgesetzbuchs. Seiner (Schubers) Meinung nach würde es richtig sein, beide Materien gleichzeitig zu regeln. Zugewichen könne sehr wohl Vorfrage getroffen werden, daß Misgriffe in der Beobachtung von Strafgefangenen Rebellen, wie Abg. Kuer gestern angeführt, nicht mehr vorkommen könnten.

Abg. Frhr. v. Stumm (heidsp.) warnt davor, beim Strafvollzug mit der Anwendung von Humanität zu weit zu gehen. Vielleicht sei man der Meinung, wie seine Ikon zu weit gegangen. Gerade deshalb müsse eine Maßnahmme für ausgeschlossen gehalten, sondern nur gezeigt, mehr Schluß als auf andere Gefangene könne auf die wegen Preßvergehens nicht genommen werden. In dritter Person zu antworten, sei allerdings möglich, aber inzwischen würden die Fälle agitatorisch ausgenutzt, weil die Regierung nicht in der Lage war, sofort das Haus und das Land aufzulösen.

Sächsischer Generalstaatsanwalt Rüger be-

merkt, er habe die Thatache, daß der erwähnte Rebelle früher Pädagogik gewesen, nur zur Charakterisierung seiner Persönlichkeit angeführt.

Dafür, daß der Transport in der Dunkelheit ausgeführt werden und daß Fluchtwortacht vorliege, habe er sich auf die der Regierung vorliegenden Berichte gestützt.

Württembergischer Ministerialdirektor v. Schickler

hält die getätigten Angaben des Abg. Kuer um be-

willigen für unglaublich, weil sie zweifellos im

württembergischen Landtage von der Volkspartei vorgebracht worden wären, wenn sie wahr wären.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Titel

"Staatssekretär" nach dem Antrage Bieschel nur in

der bisherigen Höhe des Gehalts (24 000 M.) be-

willigt. — Für die Bemäßigung von 30 000 Mark stimmen nur die Konservativen und die Frei-

konseriativen.

Der Titel des Titels des Reichsjustizamts gelangt

bedarflos zur Annahme.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Abg. Bieschel (entr.) meint, die Vorschläge des Abg. Lenzenmann seien jedenfalls wert, bei einer Reform des Innendiensts reichlich erwogen zu werden. Die Anträge des Freiherrn v. Stumm erinnern ihn lediglich an die Zeiten des Kulturkampfes. Wenn der Vergleich von Köln mit Strassburg beschließen würde, so ist das gewiß eine ganz besondere Art Humanität. Unterschiede beim Strafvollzug geleisten seien aus Rücksicht auf die religiösen Vorstellungen über den Genuß oder Missbrauch von Speisen. Redner begrüßt den Antrag, die Gehalts erhöhung für den Staatssekretär abzulegen.

Der Reichstag habe im Vorjahr zwei Revisionen vorgenommen, die Gehälter der vier Staatssekretäre, die bisher 24 000 M. besitzen, auf 30 000 M. zu erhöhen zugleich aber auch die Aufbesserung der Unterbeamtengehälter in den Post- und Telegraphen-Dienstes vorzunehmen. Eine einheitliche Erhöhung könne das Rentamt nicht bewilligen, hoffentlich werde dies aber nach Vorlegung des Nachtragsetats möglich sein, indem die Gehälter dieser Unterbeamten ohne Rücksicht auf die in Aussicht gestellte allgemeine Erhöhung der Unterbeamtengehälter erhöht würden.

Staatssekretär Frhr. v. Thielmann stellt in Abrede, daß eine derartige allgemeine Erhöhung verheilen werden sei.

Abg. Kuer (soc.) führt aus, Herrn v. Stumm sei ja die Behandlung im letzten Gesetz noch viel zu human. Besonders schlecht sei er auf die Journalisten zu sprechen, denen er eine besonders harte Behandlung gönnt. Aber auch Herr v. Stumm habe ja schon vor dem Strafvollzug gestanden. Bei seinem Auftauch wäre er allerdings der Begnadung fähig, wenn er einmal freigesetzt hätte. Seine gelegten Aufführungen hätten drei Regierungsvertreter beantwortet, seiner selbst aber hätte etwas von seinen Vorbringungen widerlegt.

Die vorgebrachten Fälle seien den den Herren fremd. Bis zur dritten Lesung könne sich der Staatssekretär über die vorgebrachten Fälle orientieren und ihm dann antworten. Der sächsische Generalstaatsanwalt habe ihm auch keine Unrichtigkeit nachweisen können. Er habe es vielleicht für besonders erstaunend gehalten, daß der in Ketten transportierte Redakteur früher Bäuerlein gewesen sei.

Staatssekretär Rieberding erwidert, die Gründe, aus denen Kuer den Bundesratsmitgliedern nicht vorher Mitteilung über die von ihm zu bestimmenden Fälle gemacht habe, hätten bei ihm nur Kopfschütteln erzeugt. Er habe gestern keineswegs jede Rücknahme für ausgeschlossen gehalten, sondern nur gesagt, mehr Schluß als auf andere Gefangene könne auf die wegen Preßvergehens nicht genommen werden. In dritter Person zu antworten, sei allerdings möglich, aber inzwischen würden die Fälle agitatorisch ausgenutzt, weil die Regierung nicht in der Lage war, sofort das Haus und das Land aufzulösen.

Sächsischer Generalstaatsanwalt Rüger bemerkt, er habe die Thatache, daß der erwähnte Rebelle früher Pädagogik gewesen, nur zur Charakterisierung seiner Persönlichkeit angeführt.

Dafür, daß der Transport in der Dunkelheit ausgeführt werden und daß Fluchtwortacht vorliege, habe er sich auf die der Regierung vorliegenden Berichte gestützt.

Württembergischer Ministerialdirektor v. Schickler hält die getätigten Angaben des Abg. Kuer um be-

willigen für unglaublich, weil sie zweifellos im

württembergischen Landtage von der Volkspartei vorgebracht worden wären, wenn sie wahr wären.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Titel

"Staatssekretär" nach dem Antrage Bieschel nur in

der bisherigen Höhe des Gehalts (24 000 M.) be-

willigt. — Für die Bemäßigung von 30 000 Mark stimmen nur die Konservativen und die Frei-

konseriativen.

Der Titel des Titels des Reichsjustizamts gelangt

bedarflos zur Annahme.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Premischer Landtag.

Am Montag erledigte das Abgeordnetenhaus den Titel des Landwirtschaftsministeriums bis zum Titel Generalkommissar. Abg. Schröder (Vol.) bewarnte, daß die Regierung trotz der günstigen Finanzlage noch immer nur fog. kleine Mittel zur Förderung des Rot des Landwirtschafts in Anwendung bringe. Im Interesse des Ostens müßten vor allem billigere Getreidefrachtkräfte zur Einführung gelangen.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag die Beratung des Landwirtschaftsministeriums beendet. Die Diskussion berührte die Fragen der Vertilzung des Eisenbahnrates für gewisse Flecke, der landwirtschaftlichen Hochschulen und der Fortbildungsschulen auf dem Lande. Abg. v. Wendel wünschte

gehört die Försorge für die landwirtschaftliche Bildung der weiblichen Bevölkerung auf dem Lande.

Abg. v. Wendel wünschte

gezeigt, daß der Titel des Eisenbahnrates für gewisse Flecke, der landwirtschaftlichen Hochschulen und der Fortbildungsschulen auf dem Lande.

Abg. v. Wendel wünschte

gezeigt, daß der Titel des Eisenbahnrates für gewisse Flecke, der landwirtschaftlichen Hochschulen und der Fortbildungsschulen auf dem Lande.

Abg. v. Wendel wünschte

gezeigt, daß der Titel des Eisenbahnrates für gewisse Flecke, der landwirtschaftlichen Hochschulen und der Fortbildungsschulen auf dem Lande.

Abg. v. Wendel wünschte

gezeigt, daß der Titel des Eisenbahnrates für gewisse Flecke, der landwirtschaftlichen Hochschulen und der Fortbildungsschulen auf dem Lande.

Abg. v. Wendel wünschte